

















1 Quiz: Stimmen diese Aussagen über Deutschland? Kreuzen Sie an.

а	Der Regierungscher / Die Regierungscheim wird Freimerminister/in genammt.	-
b	Deutschland ist eine föderalistische Republik.	
С	Die Bundestagswahl findet alle vier Jahre statt.	
d	Die nichtdeutschen Bürger dürfen an keiner Wahl teilnehmen.	
e	Menschen, die in Deutschland leben, müssen sich an die Verfassung halten.	
f	Deutschland ist ein Rechtsstaat, d.h. auch der Staat muss sich an Gesetze halten.	
g	Die deutsche Verfassung heißt "Grundgesetz".	
h	Man darf nicht öffentlich die Regierung kritisieren.	
i	Die deutschen Gesetze verbieten, dass die Menschen Protest-Listen unterschreiben.	
j	In der deutschen Verfassung steht, dass man das Recht auf eine Wohnung hat.	
k	Die Kinder müssen ab dem 6. Lebensjahr in die Schule gehen.	
l	Auf dem Bundeswappen ist eine Taube abgebildet.	
m	Man muss Kirchensteuern zahlen, egal ob man einer Kirche angehört oder nicht.	

Die Sozialversicherung wird vom Staat kontrolliert und schützt die Menschen in einer

2 Über welches Thema wissen Sie schon etwas?

sozialen Notlage.

Arbeiten Sie in Gruppen. Sammeln Sie Informationen und machen Sie ein Plakat.

1 (Staats-)Symbole der Bundesrepublik Deutschland

Lesen Sie und ordnen Sie die Texte den Bildern zu. Zu drei Bildern gibt es keinen Text.

















- Das Bundeswappen zeigt einen schwarzen Adler mit roten Krallen, der Hintergrund ist golden oder gelb. Es ist eines der ältesten Staatssymbole der Welt.
- b Die Farben der Bundesflagge erklärte man zum ersten Mal 1848 in Frankfurt am Main zu den Bundesfarben. Seit dem 8.5.1949 ist die schwarz-rot-goldene Flagge laut Grundgesetz die Nationalflagge der Bundesrepublik.
- c Die deutsche Nationalhymne ist die dritte Strophe des Deutschlandliedes von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874). Die Musik hat Franz Josef Haydn (1732–1809) komponiert.
- d Die Hauptstadt der Bundesrepublik ist Berlin. Hier hat auch die Regierung ihren Hauptsitz. 🧾
- Der Tag der Deutschen Einheit ist ein Nationalfeiertag. Seit dem 3. Oktober 1990 ist Deutschland wiedervereinigt.

Was bedeuten die Farben auf der deutschen Flagge? Lesen Sie die Texte.Was glauben Sie: Welcher Text ist richtig? Kreuzen Sie an.

- a Während der Befreiungskriege gegen Napoleon (1813–1815) verwendete man die drei Farben als Symbol eines deutschen Nationalstaates. Die Farben stammen von den Uniformen freiwilliger Soldaten der preußischen Armee: Die Soldaten trugen schwarze Uniformen mit goldenen Knöpfen und roten Verzierungen.
- b Nach dem Zweiten Weltkrieg wählte man die Farben Schwarz-Rot-Gold als Symbole für das Pulver, das im Krieg verschossen wurde (Schwarz), für das Blut der Soldaten (Rot) und für die Hoffnung auf eine bessere Zukunft (Gold).
- c Die Farben Schwarz-Rot-Gold wurden bei der Gründung des Deutschen Reiches (1871) als Symbole des neuen Reiches ausgewählt. Gold stand für die kaiserliche Krone, Rot für den kaiserlichen Mantel und Schwarz für die kaiserliche Armee.

3 Projekt: Das Wappen des Bundeslandes, in dem ich lebe

Wie sieht das Wappen des Bundeslandes aus, in dem Sie leben? Was bedeuten die Figuren, Tiere oder Farben? Informieren Sie sich im Internet und in verschiedenen Lexika. Präsentieren Sie die gesammelten Informationen im Kurs.



Gabriel und Thomas Oppermann gratulieren.; Bundesrat © dpa Picture-Alliance/dpa/dpaweb|Daniel Karmann

Februar 2017 in Berlin,

12.

am

die 16. Bundesversammlung)

Deutsche Präsidentschaftswahl 2017 (offiziell

4 Bund und Länder

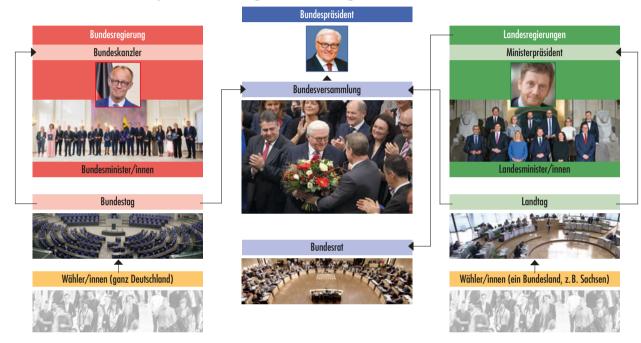
Was gehört zum Bund (Bundesrepublik Deutschland), was zu den Ländern? Notieren Sie.

Bundestag | Bundesversammlung | Landtag | Bundesregierung | Ministerpräsident/in | Bundeskanzler/in | Bundespräsident/in | Bundesrat | Landesregierung

Bund: Bundespräsident/in ...

Länder, z.B. Thüringen: Landesregierung ...

5 Sehen Sie sich die Grafik an und lesen Sie die Texte. Schreiben Sie die passenden Begriffe aus Aufgabe 4 über die Texte.



Das sind der Bundeskanzler / die Bundeskanzlerin und seine/ihre Minister/innen. Er/Sie schlägt neue Gesetze für ganz Deutschland vor. Diese Gesetze werden im Bundestag und im Bundesrat diskutiert und beschlossen.

Im Parlament treffen sich die Abgeordneten aus ganz Deutschland und diskutieren über die Politik der Bundesregierung. Sie werden von allen Deutschen gewählt.

Hier treffen sich die Abgeordneten eines Bundeslandes und diskutieren über die Politik der Landesregierung. Die Abgeordneten werden von den Deutschen in diesem Bundesland gewählt. Diese Person ist Chef/in der Bundesregierung. Sie wird nicht vom Volk gewählt, sondern vom Bundestag.

Das sind der Ministerpräsident / die Ministerpräsidentin und seine/ihre Minister/innen. Sie schlägt neue Gesetze für ihr Bundesland vor. Diese Gesetze werden im Landtag diskutiert und beschlossen.

f Bundesversammlung

Sie besteht aus den Abgeordneten des Bundestags, aus Vertretern der Bundesländer und aus bekannten Persönlichkeiten Deutschlands, z. B. aus Sportlern und Schauspielern. Es gibt sie nur einmal in fünf Jahren. Ihre Aufgabe: Sie wählt den Bundespräsidenten / die Bundespräsidentin.

Das ist unser Staatsoberhaupt – der höchste Vertreter oder die höchste Vertreterin Deutschlands. Die Person regiert aber nicht: Sie repräsentiert alle Menschen und alle Parteien Deutschlands. Sie wird von der Bundesversammlung gewählt.

Diese Person ist Chef einer Landesregierung. Sie wird nicht vom Volk dieses Landes gewählt, sondern vom Landtag.

Hier sitzen Vertreter/innen der Regierungen der 16 Bundesländer. Hier können sie den Bundestag kontrollieren und zu wichtigen Gesetzen "nein" sagen. Wenn das die meisten Ministerpräsidenten tun, dann gibt es das Gesetz nicht.

Wie ist das in Ihrem Heimatland? Welche Aufgaben hat der Staat? Vergleichen Sie und sprechen Sie darüber im Kurs.

gewählt bei der Wahl zum deutschen Bundespräsidenten durch die 16. Bundesversammlung in Berlin – Olaf Scholz, Blick in den Plenarsaal während der Bundesratssitzung am Freitag (27.05.2005) in Berlin. Zwei Wochen nach dem B Zustimmung erwartet. Mecklenburg-Vorpommern will sich wegen unterschiedlicher Positionen in der rot-roten Koali

Politische Parteien. Lesen Sie die Texte und machen Sie eine Tabelle. 1

Parteien über sich

Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen davon, wie sie leben wollen und wie man ein Land am besten regiert. Es gibt politische Gruppen, die bestimmte Meinungen vertreten. Hier stellen sich die Parteien kurz vor, die im Bundestag vertreten sind.

Christlich-Demokratische Union Deutschlands /

Christlich-Soziale Union (CDU/CSU)

Das Programm unserer Parteien hat einen Grundgedanken: den christlichen Glauben. Wir engagieren uns zum Beispiel für gute Ausbildung und für soziale Marktwirtschaft. Uns ist es auch wichtig, dass keine neuen Schulden gemacht werden und dass es den Unternehmen gut geht, damit die Menschen wieder Arbeit bekommen.

Unsere Parteien wurden 1945 gegründet. Die CDU ist in allen Bundesländern vertreten, nur in Bayern nicht. Dort gibt es unsere "Schwesterpartei", die Christlich-Soziale Union. Wir sind im Bundestag eine Fraktion. Das heißt, wir arbeiten im Bundestag wie eine Partei zusammen.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Unsere Partei ist die älteste Partei in Deutschland. Sie wurde 1863 in Leipzig gegründet. Unser Ziel ist, dass jeder junge Mann und jede junge Frau eine Ausbildung oder eine Arbeit bekommt und dass genug Geld da ist für Schulen und Kindergärten. Uns ist es auch noch wichtig, dass es den Familien gut geht. Beruf und Familie sollten keine Gegensätze sein.



Alternative für Deutschland (AfD).

Unsere Partei wurde erst im Jahr 2013 als Reaktion auf die Euro-Rettungspolitik Deutschlands gegründet. Wir engagieren uns für ein unabhängiges Deutschland und wollen unsere Nation stärken. Wir sind für mehr nationale Verantwortung und kritisieren die Europäische Union. Wir halten es für wichtig, die Polizei und die Justiz zu stärken, damit Verbrechen besser bekämpft werden können. Und wir wollen die deutschen Grenzen wieder besser schützen.

Der deutsche Verfassungsschutz beobachtet die AfD als "Verdachtsfall" für extremistische Bestrebungen. Verstößt die Partei gegen die deutsche Verfassung?



Bündnis 90 / Die Grünen

An unserem Namen sieht man schon, dass in unserem Programm der Schutz der Natur und der Umwelt sehr wichtig ist. Weiter ist es uns wichtig, dass die Menschen aus unterschiedlichen Kulturen friedlich miteinander und nebeneinander leben können. Egal, woher sie kommen, welche Hautfarbe sie haben oder welchen Glauben sie haben. Wir sind eine junge Partei, uns gibt es erst seit 1980. "Die Grünen" waren früher eine westdeutsche Partei. Nach der Wiedervereinigung kam 1993 das "Bündnis 90" aus den neuen Bundesländern dazu.



Die Linke.

Unsere Partei gibt es erst ganz kurz, eigentlich erst seit 2007. Sie entstand aus der ostdeutschen PDS und der westdeutschen "Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit". Unsere Partei unterscheidet sich von den anderen hauptsächlich durch die Idee des Sozialismus. Sozialismus bedeutet, dass alle Menschen auf der Welt in Frieden leben können und dass es keine Armut gibt. Alle Menschen sollen die gleichen Chancen auf Bildung, Arbeit und medizinische Versorgung haben. Das nennt man Chancengleichheit.

	CDU/CSU	AfD	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke.
gegründet	-		1863		
wichtige Themen			Ausbildung, Arbeit		

Projekt: Über welche Themen diskutieren die Parteien aktuell? 2

Informieren Sie sich in den Tageszeitungen und suchen Sie sich ein Thema aus. Vergleichen Sie in verschiedenen Zeitungen, wie das Thema dargestellt wird. Sprechen Sie darüber im Kurs.



3 Welche Parteien gibt es in Ihrem Heimatland?

Welche Programme vertreten diese Parteien? Verbindet man die Parteien mit einer bestimmten Farbe? Machen Sie ein Plakat und präsentieren Sie es im Kurs.

4 Bundestagswahl. Was bedeuten die Bilder? Ordnen Sie zu.



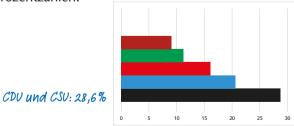
- a Die Bundestagswahl gibt es normalerweise alle vier Jahre.
- b Alle Deutschen über 18 Jahre dürfen wählen.

- Is oder
- c Ein Wahllokal ist ein Raum, in dem die Leute wählen. Zum Beispiel im Rathaus oder in einer Schule.
- d Auf dem Stimmzettel darf jeder zwei Kreuze machen: für einen Politiker und für eine Partei.
- e Wenn mehrere Parteien zusammen eine Regierung bilden, spricht man von einer Koalition. Die anderen Parteien bilden die Opposition.

5 Aus dem Wahlstudio

4) ___2

a Hören Sie die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025. Ergänzen Sie die Parteien und die Prozentzahlen.



b Welche Parteien bilden diese Regierung?

Die wichtigsten politischen Parteien in Deutschland verbindet man mit einer Farbe. Man spricht dann zum Beispiel von den "Gelben", den "Grünen", den "Roten" oder den "Schwarzen".

a 🌓	_CDV/CSV + SPD
-----	----------------







Gewaltenteilung / Freiheitlich demokratische Grundordnung

Sehen Sie sich die Bilder an und lesen Sie Artikel 20 des Grundgesetzes. Was machen die Menschen? Was sind ihre Aufgaben? Was meinen Sie?

Art. 20

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.



2 Radio für Kinder und Jugendliche. Hören Sie einen Ausschnitt aus der Sendung.

◄)) <u>3</u>

a Ordnen Sie zu.

Rechtsstaat

ist eine Sammlung von Regeln, die die Bürger/innen und der Staat einhalten müssen.

Gewaltenteilung

ist ein Staat, der sich selbst an Gesetze halten muss und seine Macht nicht missbrauchen darf.

Verfassung

heißt, dass die Macht des Staates geteilt und kontrolliert wird.

b "Was passiert, wenn sich ein Staat nicht an diese Regeln und Gesetze hält?"
Wie kann die Antwort auf die Frage von Mark heißen? Was meinen Sie?

◄) <u>4</u>

c Hören Sie weiter und überprüfen Sie Ihre Antwort.

1 **Staatssymbole** (→ Seite 10)

Die deutschen Staatssymbole sind:

Bundeswappen schwarzer Adler | goldener oder gelber Hintergrund schwarz-rot-gold | Nationalflagge seit dem 8.5.1949 Bundesflagge Deutsche Nationalhymne Text: August Heinrich Hoffmann von Fallersleben

Musik: Joseph Haydn

Bundeshauptstadt Berlin | Regierungssitz

3. Oktober Nationalfeiertag als Erinnerung an die deutsche Tag der Deutschen Einheit

Wiedervereinigung

Deutschland und die Bundesländer (zum Nachschlagen) (→ Seite 12) 2

	Bundesland	Hauptstadt	Fläche	Einwohner
	Baden-Württemberg	Stuttgart	35.751 km²	11,3 Millionen
8	Bayern	München	70.550 km²	13,4 Millionen
3	Berlin	Berlin	892 km²	3,8 Millionen
	Brandenburg	Potsdam	29.654 km²	2,6 Millionen
\$	Bremen	Bremen	419 km²	0,7 Millionen
	Hamburg	Hamburg	755 km²	1,9 Millionen
3	Hessen	Wiesbaden	21.114 km²	6,4 Millionen
**	M <mark>ecklenburg-Vor</mark> pommern	Schwerin	23.214 km²	1,6 Millionen
3	Niedersachsen	Hannover	47.615 km²	8,2 Millionen
	Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34.110 km²	18,2 Millionen
	Rheinland-Pfalz	Mainz	19.855 km²	4,2 Millionen
**	Saarland	Saarbrücken	2.569 km²	1,0 Millionen
	Sachsen	Dresden	18.420 km²	4,1 Millionen
	Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20.451 km²	2,2 Millionen
	Schleswig-Holstein	Kiel	15.802 km²	3,0 Millionen
	Thüringen	Erfurt	16.202 km²	2,1 Millionen
	Bundesrepublik Deutschland	Berlin	357.046 km²	84,7 Millionen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stichtag 31.12.2023



6 Parteien und Wahlen

<u>a</u> Einige wichtige Parteien (→ Seite 15)

CDU CSU!! CDU/CSU

Christlich-Demokratische Union / Christlich-Soziale Union

20.000

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

FDP

FDP

Freie Demokratische Partei



Bündnis 90 / Die Grünen



Die Linke.



AfD

Alternative für Deutschland

b Wahlen (→ Seiten 13-14 und 21)

Wahlrechtsgrundsätze in Deutschland: Die Wahl ist allgemein, frei, geheim und gleich.

Wahl	Wer wird gewählt?	Wer darf wählen?	Wie oft?
Europawahl	Europaparlament in Straßburg	alle EU-Bürger	alle 5 Jahre
Bundestagswahl	Bundestag in Berlin	alle deutschen Staatsbürger/innen	alle 4 Jahre
Landtagswahl/ Senatswahl	der Landtag in den einzelnen Bundesländern; in Berlin, Hamburg, Bremen: der Senat	alle Deutschen eines Bundeslandes	alle 4–5 Jahre
Bürgermeisterwahl/ Gemeinderatswahl/ Kreistagswahl	Bürgermeister, Gemeinderäte und Kreisräte in Städten, Gemeinden und Landkreisen	alle Deutschen und alle EU-Ausländer/innen einer Stadt, einer Gemeinde oder eines Landkreises	alle 4–5 Jahre
Wahl der Ausländer- beiräte	Ausländerbeiräte	alle Ausländer/innen	alle 4–5 Jahre

Wer wählt ...

den Bundeskanzler / die Bundeskanzlerin? den Ministerpräsidenten / die Ministerpräsidentin? den Bundespräsidenten / die Bundespräsidentin? Die Abgeordneten des Bundestags. Die Abgeordneten eines Landtags. Die Bundesversammlung.

7 Sozialstaat Deutschland und soziale Marktwirtschaft (→ Seiten 27–32)

Ziele:

soziale Gerechtigkeit für alle Bürger | Unterstützung für alte und kranke Menschen Wohlstand und soziale Sicherung für alle Bürger/innen Deutschlands | freie Wirtschaft

Wichtige Hilfen (vom Staat):

Arbeitslosengeld | Sozialhilfe | Wohngeld | Pflegegeld | Arbeitnehmerschutz (Kündigungsschutz, Mutterschutz) | gesetzliche Sozialversicherungen (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung) | Tarifverträge zum Einkommen und zu den Arbeitsbedingungen (Arbeitnehmervertreter: Gewerkschaften, Betriebsräte)

Private Vorsorge:

private Altersvorsorge | Berufsunfähigkeitsversicherung | weitere private Versicherungen

Aufgabe 171 Soziale Marktwirtschaft bedeutet, die Wirtschaft □ steuert sich allein nach Angebot und Nachfrage. □ wird vom Staat geplant und gesteuert, Angebot und Nachfrage werden nicht berücksichtigt. □ richtet sich nach der Nachfrage im Ausland. □ richtet sich nach Angebot und Nachfrage, aber der Staat sorgt für einen sozialen Ausgleich.
Aufgabe 181 Was wollte Willy Brandt mit seinem Kniefall 1970 im ehemaligen jüdischen Ghetto in Warschau ausdrücken? Er hat sich den ehemaligen Alliierten unterworfen. Er bat Polen und die polnischen Juden um Vergebung. Er zeigte seine Demut vor dem Warschauer Pakt. Er sprach ein Gebet am Grab des unbekannten Soldaten.
Aufgabe 196 Warum nennt man die Zeit im Herbst 1989 in der DDR "Die Wende"? In dieser Zeit veränderte sich die DDR politisch von einer Diktatur zur Demokratie. von einer liberalen Marktwirtschaft zum Sozialismus. von einer Monarchie zur Sozialdemokratie. von einem religiösen Staat zu einem kommunistischen Staat.
Aufgabe 201 Welche der folgenden Auflistungen enthält nur Bundesländer, die zum Gebiet der früheren DDR gehörten? Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein, Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen Sachsen, Thüringen, Hessen, Niedersachsen, Brandenburg
Aufgabe 220 Der 27. Januar ist in Deutschland ein offizieller Gedenktag. Woran erinnert dieser Tag? □ an das Ende des Zweiten Weltkrieges □ an die Verabschiedung des Grundgesetzes □ an die Wiedervereinigung Deutschlands □ an die Opfer des Nationalsozialismus (Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz)
Aufgabe 238 An welchen Orten arbeitet das Europäische Parlament? Paris, London, Den Haag Straßburg, Luxemburg und Brüssel Rom, Bern und Wien Bonn, Zürich und Mailand
Aufgabe 240 Seit wann bezahlt man in Deutschland mit dem Euro in bar? 1995 1998 2002 2005

0 Kleines Deutschlandquiz

Seite 6

1 richtig: b, d, e, f, h, i, j, l, m

Seite 7

1 a 10, b 11, c 5, d 7, f 8, g 2, h 9, i 6, j 3, k 4

Seite 8

- 1 1 a; 2 e, q; 3 d; 4 b; 5 c; 6 f
- b Fundbüro, c Meldebehörde, d Standesamt,
 e Ausländerbehörde, f Standesamt, g Gewerbeamt,
 h Sozialamt
- 4a Müllabfuhr, Gesundheitsuntersuchungen, Sozialamt, Schwimmbäder, Jugendzentrum, Gewerbeamt, Einwohnermeldeamt
- 4b 2d, 3a, 4b

1 Politik in der Demokratie

Seite 9

1 richtig: b, c, e, f, g, k, n

Seite 10

- 1 1 a, 3 b, 4 c, 5 e, 7 d
- 2 richtig: a

Seite 11

- 4 1 c, 2 b, 3 b
- 5a 2, 6, 7

Seite 12

3 Siehe Karte im Buchumschlag

Seite 13

- 4 Bund: Bundestag, Bundesversammlung, Bundesregierung, Bundeskanzler/in, Bundesrat Länder: Landtag, Ministerpräsident/in
- 5 a Bundesregierung, b Bundestag, c Landtag, d Bundeskanzler/in, e Landesregierung, g Bundespräsident/in, h Ministerpräsident/in, i Bundesrat

Seite 14

- 8a b Bundeskanzler/in; c Bundesminister/innen;
 d Landtag; e Landesregierungen,
 Ministerpräsident/in; f Bundesrat;
 - g Bundespräsident/in, Bundesversammlung

Seite 15

- SPD: ... soziale Gerechtigkeit
 CDU/CSU: 1945, christliche Werte, soziale
 Marktwirtschaft
 - Bündnis 90 / Die Grünen: 1990, Frieden, Naturschutz

FDP: 1948, Liberalismus, Arbeitsplätze, Bildung Die Linke.: 2007, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Sozialismus

Seite 16

- 4 a 5, c 4, d 1, e 3
- 5a CDU/CSU: 28,6 %, AfD: 20,8 %, SPD: 16,4 %, Grüne: 11,6 %, Die Linke: 8,8 %
- b SPD, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen;
 c CDU/CSU, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen;
 d SPD, Die Linke., Bündnis 90 / Die Grünen;
 e SPD, Bündnis 90 / Die Grünen

Seite 18

- 2a Gewaltenteilung: die Macht des Staates ist geteilt Verfassung: eine Sammlung von Regeln
- 2c Dann ist der Staat kein Rechtsstaat, sondern eine Diktatur. Die Menschen haben keine Garantie für ihre Freiheit und ihre Rechte.

Seite 19

3 Lösung auf Seite 35

Seite 20

- 1 richtig: c, d
- 3 b 1 Bürger und Bürgerinnen sollen über ein Einkaufszentrum entscheiden, 2 Mieter streiten um Garten im Hof

Seite 21

- 4 **b** 2, **c** 3, **d** 1
- 6 richtig: b, c

Seite 22

- 1 Rechte: c, d, e, g; Pflichten: c, d, f, g
- von links nach rechts: 7, 2, 6, 1, 4, 5, 3
 2 Steuerpflicht, 3 Recht auf freie Meinungsäußerung,
 4 Gleichberechtigung, 5 Schulpflicht,
 - 6 Ausweispflicht

Seite 23

- 4a richtig: d, e, f
- 5 a 1 Arbeitsrecht, 2 Verkehrsrecht, 3 Mietrecht,4 Familienrecht, 6 Steuerrecht
- 5 b 1 Finanzgericht, 3 Amtsgericht, 4 Arbeitsgericht,5 Sozialgericht

Seite 24

6 1f, 2h, 3b, 4g, 5d, 6a, 7c, 8e

Seite 25

8 a a3, b5, c6, d1, e8, f9, g2, h11, i4, j7, k13, l15, m14, n10, o16, p12

Seite 26

- l weiß: Staat; hellorange: Bundesländer, Stadtstaaten; orange: Städte, Gemeinden
- 2 Bund: (Bundespolizei), Außenpolitik, Bundeswehr, Gesetzesbildung; Bundesländer / Stadtstaaten: Polizei, Bildung, Kultur, Gesetzesbildung; Städte und Gemeinden: Sozialarbeit, öffentlicher Nahverkehr, Wasserversorgung, Kultur

Seite 27

- 1 **2** d, e–j; **3** c, e–j; **4** d, e–j; **5** b; **6** e–j
- 2 **b** 2, **c** 2, **d** 1